

Günstige Einzelfahrkarten gewünscht

Antrag der Linken für Inhaber des Sozialausweises von anderen Fraktionen einstimmig begrüßt

Auf großes Verständnis der anderen Fraktionen stieß ein Antrag der Linken zu günstigeren Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr für Inhaber des städtischen Sozialausweises. Einstimmig wurde der Antrag an den Sozialausschuss überwiesen, der sich über verbilligte Einzelfahrscheine Gedanken machen soll.

Bisher, so Fraktionsvorsitzender Matthias Nunold, werde nur die Monatskarte bei den Zweibrücker Verkehrsbetrieben durch den Sozialausweis verbilligt. Aber viele Betroffene würden nur ab und an den Bus nutzen, um einzukaufen oder zum Arzt zu kommen. Für die sei eine Monatskarte nicht rentabel. Er kann sich vorstellen, künftig auch

Einzelfahrscheine, die regulär 1,70 Euro kosten, mit Sozialausweis auf einen Euro zu begrenzen. Was bei Monatskarten möglich sei, könne auch bei Einzelfahrkarten verwirklicht werden, um „ein Stück soziale Ausgrenzung weiter abzubauen“.

Jürgen Kroh (CDU) wies darauf hin, dass diese Vergünstigungen nicht nur für die gelten sollten, die im Liniennetz der Zweibrücker Verkehrsbetriebe liegen. Auch Oberbürgermeister Helmut Reichling wandte sich gegen Unterschiede durch verschiedene Wohnorte. Der Sozialausschuss solle sich deshalb auch mit der Frage befassen, wie die Bürger in Oberauerbach und Mörsbach, wo andere Busunternehmen tätig seien, in den Genuss der Vergünstigung kommen können.

Die Linke setzte sich per Antrag auch für günstigere Sportvereins-Mitgliedsbeiträge von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern Arbeitslosengeld II erhalten, ein. Auch eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt zog die Fraktion in Erwägung. Sportdezernent Rolf Franzen verwies darauf, dass die Sportförderung der Stadt in den letzten Jahren angestiegen sei. Insbesondere würden Vereine in Zweibrücken gefördert, die sich besonders um die Jugendarbeit bemühten. Die in dem Antrag geforderten günstigen Mitgliedsbeiträge seien bei vielen Vereinen bereits auch eingeführt, sagte Franzen. Das bestätigten die Ratsmitglieder Christian Gauf (CDU) und Kurt Dettweiler (FWG). Beide sind stark in Sportvereinen

engagiert. „Der SV 64 hat ein Beitragssystem aufgebaut, das auf finanziell schlechter gestellte Eltern eingeht“, machte Gauf deutlich. Franzen sagte zu, die Vereine anzuschreiben und sie um eine solche Regelung zu bitten, so sie die noch nicht eingeführt hätten. Franzen unterstrich Argumente der Linken, dass Aktivitäten in Sportvereinen nicht nur gesundheitsfördernd seien. Die Sportvereine vermittelten Kindern auch wichtige gesellschaftliche Werte. Allerdings könne man den Vereinen keine Beitragshöhe vorschreiben.

Ursprünglich wollten die Linken den Antrag im Sozialausschuss weiterberaten. Sie zeigten sich aber mit Franzens Zusage, die Vereine anzuschreiben, zufrieden. (hbb)